
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 4

Kreistag am 11.09.2007

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 14:30 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Klaus-Dieter Bröckling
Brigitte Cziehso
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Wolfgang Kerak
Ursula Lindstedt
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Jörg Sieger
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Manuela Veit
Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann
Herbert Ziegenbein

Wolfgang Barrenbrügge
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsger
Helmut Krause
Hartmut Marks
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Martina Plath
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Wolfgang Schilken
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck
Michael Klostermann

Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Dr. Timpe, Dez. II
Frau Warminski-Leitheußer, Dez. III
Herr Hahn, Dez. IV

Gäste und Zuhörer/-innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Weyand, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.

Herr Dr. Schiebold, L KfP	Vertreter der Presse
Herr Göpfert, Büro Landrat	interessierte Bürger
Frau Waßen, Schriftführerin	weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. In einer Gedenkminute erinnern die Kreistagsabgeordneten an die unschuldigen Opfer der Terroranschläge vom 11. September 2001. Im Anschluss werden Frau Schacht als Nachfolgerin des verstorbenen Kreistagsmitgliedes Herrn Wastl sowie Herr Kolar als Nachfolger von Frau Becke als neue Mitglieder des Kreistages formell verpflichtet. Herr Landrat Makiolla dankt Frau Becke für ihr langjähriges Engagement für den Kreis Unna.

Nachdem er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages festgestellt hat, weist Herr Landrat Makiolla darauf hin, dass er die Tagesordnung dahingehend verändert habe, dass der bisherige Tagesordnungspunkt 19 - Ertragsoptimierung der RWE-Aktien - nunmehr im öffentlichen Sitzungsteil als Tagesordnungspunkt 17 behandelt werde. Dies sei im Ältestenrat so vereinbart worden. Die geänderte Tagesordnung sei im Amtsblatt entsprechend veröffentlicht worden. Herr Makiolla teilt mit, dass es zu diesem neuen Tagesordnungspunkt 17 noch einen aktuellen Antrag der Gruppe DIE LINKE. gebe, der an die Fraktionen verteilt worden sei. Weitere Änderungen oder Ergänzungen ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Bestellung einer stellv. Schriftführerin für den Kreistag

Punkt 2

160-1/07

Ersatzwahlen

Punkt 3

106/07

Bericht: Migration und Gesundheit – Erreichbarkeit von türkischen Zuwanderern durch die Leistungen des Fachbereiches Gesundheit und Verbraucherschutz des Kreises Unna

Punkt 4

107/07

Bericht: Die gesundheitliche Lage von Einschulungskindern im Kreis Unna 2006 (Bewegung, Ernährung, Verhalten)

Punkt 5

153/07

Suchthilfeplanung für den Kreis Unna

Auftrag zur Vorbereitung des Abschlusses einer Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung der ambulanten Suchtberatung im Kreis Unna

Punkt 6

130/07

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2007

Punkt 7

161/07

Gebäudebewirtschaftung – Beibehaltung der Eigenreinigung

Punkt 8

131/07

Aufhebung der Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen vom 29.03.2005

Punkt 9

125/07

Einrichtung einer schulpsychologischen Beratungsstelle für den Kreis Unna

Punkt 10

140/07

Änderung der Vereinbarung über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufes und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Punkt 11

141/07

Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger der Fachklinik für Kinderneurologie und Sozialpädiatrie mit Sozialpädiatrischem Zentrum (SPZ) zur Mitfinanzierung der amb. sozialpädiatr. Behandlung

Punkt 12

121/07

1.-4. Änderungsverfahren LP 1, 2.-8. Änderungsverfahren LP 2, 1.-2. Änderungsverfahren LP 3
Prüfung der während des eingeschränkten Beteiligungsverfahrens vorgebrachten Anregungen
und Bedenken sowie Satzungsbeschluss

Punkt 13

156/07

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK)

Punkt 14

132/07

Zukunftsdialog Kreis Unna

Punkt 15

135/07

Mittelverteilung für das Jahr 2007 im Rahmen der Fahrzeugförderung
gem. § 13 ÖPNV Gesetz NRW

Punkt 16

136/07

Touristische regionale Initiative Lippe-Raum

Punkt 17

RWE-Aktienvermögen

Punkt 17.1

RWE-Aktien;

Antrag der Gruppe DIE LINKE. Vom 10.09.2007

Punkt 17.2

164-1/07

Ertragsoptimierung des RWE-Aktienvermögens

Punkt 17.3

RWE-Aktien;

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie FDP vom
28.08.2007

Punkt 18

Fragestunde für Einwohner

Punkt 19

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 20

RWE-Aktienvermögen

- vom nichtöffentlichen Teil abgesetzt -

Punkt 20.1

164/07

Ertragsoptimierung des RWE-Aktienvermögens

Punkt 20.2

162/07

RWE-Aktien;

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie FDP
vom 28.08.2007

Punkt 21

158/07

Übertragung der Tierkörperbeseitigungspflicht;

Entscheidung über die Vergabe

Punkt 22

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Bestellung einer stellv. Schriftführerin für den Kreistag

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla dankt Frau Bierwolf-Siegrist auch im Namen des Kreistages für ihr langjähriges Engagement als Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Unna. Sie habe als Ansprechpartnerin der Verwaltung eng und vertrauensvoll mit den Mitgliedern des Gleichstellungsausschusses zusammen gearbeitet. Zudem

habe sie zusammen mit den Gleichstellungsbeauftragten der kreisangehörigen Kommunen viele Vorhaben erfolgreich vorangetrieben. Ergänzend weist Herr Makiolla darauf hin, dass er die frei gewordene Stelle der Gleichstellungsbeauftragten unverzüglich im Rahmen einer hausinternen Ausschreibung nachbesetzen werde. Bis dahin werde Frau Bierwolf-Siegrist die Aufgabe kommissarisch wahrnehmen.

Beschluss:

Frau Gabriele Bierwolf-Siegrist wird zur stellvertretenden Schriftführerin für den Kreistag bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

160-1/07

Ersatzwahlen

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass nach der Ergänzungsvorlage Frau Ulrike Becke nicht – wie zunächst vorgeschlagen - als ordentliches Mitglied in die Kreisgesundheitskonferenz gewählt werden solle. Es werde nunmehr vorgeschlagen, Herrn Jörg Sieger zum ordentlichen Mitglied und Frau Becke zum stellvertretenden Mitglied des Gremiums zu wählen. Außerdem solle Herr Helmut Köppe als Nachfolger von Herrn David Kubitzeck in den Beirat des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg entsandt werden.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1.) Als Nachfolgerin des verstorbenen Kreistagsabgeordneten Matthias Wastl wird

Hanne-Luise Schacht als **ordentliches Mitglied** in

- den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen,
- den Ausschuss für Planung und Verkehr,
- die Mitgliederversammlung des Vereins zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrkohlengebiet e.V.

sowie als **stellvertretendes Mitglied** in

- den Bau-und Technikausschuss,
- den Rechnungsprüfungsausschuss,
- das Kuratorium des Altenzentrums des Evangelischen Perthes-Werkes e.V. Münster in Kamen
- die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes des Kreises Unna, der Stadt und der Gemeinde Holzwickede

gewählt bzw. entsandt.

2.) Als Nachfolger der ausgeschiedenen Kreistagsabgeordneten Ulrike Becke wird **Dirk Kolar** als **ordentliches Mitglied** in

- den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz
- den Bau- und Technikausschuss
- den Kreispolizeibeirat

sowie als **stellvertretendes Mitglied** in

- den Kreisausschuss
- den Gleichstellungsausschuss
- den Aufsichtsrat der Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)
- die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH

gewählt bzw. entsandt.

3.) Die sachkundige Bürgerin **Ulrike Becke** wird als **ordentliches Mitglied** in den Ausschuss für Kultur und Partnerschaften gewählt. Gleichzeitig wird sie als **ordentliches Mitglied** in

- das Kuratorium des AWO-Seniorenzentrums in Unna,
- die Stiftungsversammlung des Ev. Krankenhauses Unna

sowie als **stellvertretendes Mitglied** in

- die Gesundheitskonferenz des Kreises Unna
- die Mitgliederversammlung der Anonymen Drogenberatung Unna e.V.

gewählt bzw. entsandt.

4.) Herr Jörg Sieger wird als ordentliches Mitglied in die Kreisgesundheitskonferenz gewählt.

5.) Herr Helmut Köppe wird in den Beirat des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg entsandt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

106/07

Bericht: Migration und Gesundheit – Erreichbarkeit von türkischen Zuwanderern durch die Leistungen des Fachbereiches Gesundheit und Verbraucherschutz des Kreises Unna

Erörterung:

Herr Hahn erläutert kurz den Bericht "Migration und Gesundheit", der den Kreistagsmitgliedern vorliegt. Der Kreistag nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4

107/07

Bericht: Die gesundheitliche Lage von Einschulungskindern im Kreis Unna 2006 (Bewegung, Ernährung, Verhalten)

Erörterung:

Nachdem Herr Hahn einige Informationen zum Bericht über die gesundheitliche Lage von Einschulungskindern im Kreis Unna gibt, nimmt der Kreistag den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5

153/07

Suchthilfeplanung für den Kreis Unna

Auftrag zur Vorbereitung des Abschlusses einer Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung der ambulanten Suchtberatung im Kreis Unna

Erörterung:

Vor Eintritt in die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt erklären sich Frau Giedinghagen, Frau Streich, Frau Schwarz, Herr Nadolski-Voigt sowie Herr Schwerdt für befähigt und nehmen weder an der Diskussion noch der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Herr Wiggermann erklärt, er sei als Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz froh, dass nunmehr eine konkrete Vorlage erarbeitet worden sei. Nach dem Prüfauftrag des Kreistages im Jahr 2005, inwieweit ein integratives Modell der Suchtberatung und -hilfe im Kreis Unna greifen könne, habe es einen schwierigen Entscheidungsprozess gegeben. Deshalb danke er der Verwaltung ausdrücklich für diese Vorlage. In den vergangenen Jahren hätten sich die Rahmenbedingungen im Bereich der Suchthilfe stark verändert. Neben dem Rückzug der Kommunen aus der ADU hätten sich andere Bedarfe aufgrund der Gründung der ARGE ergeben. Hinzu kämen die sukzessive reduzierten Eigenmittel der Suchthilfeträger. Ziel der Neustrukturierung sei klar die Qualitätssicherung bzw. die Qualitätssteigerung gewesen. Mit der nun zu beschließenden Vorlage habe man aus seiner Sicht die beste Lösung gefunden, wobei er natürlich nicht verschweigen wolle, dass es sich hier um einen Kompromiss handle. Die Gründung einer gGmbH sei mit Blick auf Steuerungsmöglichkeiten seiner Meinung nach wichtig und biete zudem beste Vernetzungschancen. Ein umfassendes Beratungsangebot aus einer Hand sei der richtige Ansatz. Letztlich solle auch der Kreis Unna als Finanzgeber eine maßgebliche Rolle spielen.

Herr Hahn weist auf die Vorbermerkung in der Sitzungsvorlage Nr. 153/07 hin. Hieraus ergebe sich, dass die nichtöffentliche Vorlage Nr. 110/07 am 18.06.2007 im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz eingebracht worden sei. Allerdings habe man die Verwaltung in der Sitzung beauftragt, die Vorlage zu überarbeiten und mit öffentlichem Beratungsstatus erneut zur Beschlussfassung vorzulegen. Diesem Auftrag habe die Verwaltung mit der Vorlage Nr. 153/07 entsprochen. Herr Hahn stellt fest, dass dementsprechend

die Vorlage 110/07 nicht Gegenstand der heutigen Beschlussfassung sei.

Frau Hosang erklärt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass man hinsichtlich der neuen Struktur in der Suchthilfeplanung erhebliche Schwierigkeiten habe. Die insgesamt hohe Kreisbeteiligung an der zu gründenden gGmbH in Höhe einer Sperrminorität führe dazu, dass die Kostenbeteiligung des Kreises in Bezug auf Stamm- und Risikokapital ansteige und die Eigenmittel der Träger zurück gefahren würden. Gleichzeitig bedeute die Kreisbeteiligung eine Verschränkung der Dienstleistungserbringer- und Auftraggeberrolle, was doch sehr bedenklich sei. Dies sei auch insofern brisant, als die Rolle des sozialpsychiatrischen Dienstes beim Kreis diffus bleibe: Einerseits müssten Aufgaben nach und nach in die gGmbH übergehen, andererseits verbleibe das Controlling beim sozialpsychiatrischen Dienst. Auch müsse aus Sicht ihrer Fraktion die im Beschlussvorschlag erwähnte Leistungsbeschreibung nachgereicht werden, da die aktuelle Vorlage hierzu keine Aussage treffe und die nichtöffentliche Vorlage 110/07 lediglich Standards definiert habe. Mit Blick auf die vorgesehene Stelleneinsparung sei fraglich, inwieweit die Qualität insgesamt erhalten bleibe. Letztlich könne mit der neuen Struktur auch nicht, wie vielfach von der Politik gefordert, eine Einsparung erzielt werden. Deshalb müsse die Frage gestattet sein, warum eine neue Struktur geschaffen werden solle, die teurer, aber nicht besser sei. Mit Blick auf diese Frage werde ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Gabriel unterstützt Frau Hosangs Ausführungen und kritisiert, dass man wohl nach fünf Jahren Diskussion jetzt endlich eine Lösung präsentieren wollte. Dabei sei man seiner Ansicht nach nicht den richtigen Weg gegangen. Deutlich werde dies daran, dass man dem Anstieg der Suchtzahlen mit einer Reduzierung der Stellen begegne. Deshalb werde auch die Gruppe DIE LINKE. den Beschluss ablehnen.

Frau Kiel betont, dass nun nach langer Diskussion zum Thema „Suchthilfe“ endlich eine Vorlage mit einem konkreten Auftrag zur Abstimmung stehe. Wichtig aus ihrer Sicht sei, die Politik über die weiteren Schritte zu informieren und bei der Vertragsgestaltung auch konkret zu beteiligen. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, den Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna (Untere Gesundheitsbehörde) als Träger der ambulanten Suchtkrankenberatung gem. § 16 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) und der zu gründenden gGmbH vorzubereiten. Projektiertes Aufgabenfeld dieser gGmbH ist die Gewährleistung einer bedarfsgerechten Grundversorgung in der ambulanten Suchtkrankenberatung auf Basis der vorgelegten Leistungsbeschreibung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt (5 Gegenstimmen Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 2 Gegenstimmen Gruppe DIE LINKE.

Punkt 6

130/07

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2007

Erörterung:

Herr Kreisdirektor Stratmann erläutert die Vorlage und weist besonders darauf hin, dass durch den veränderten Verteilungsschlüssel im Rahmen des Wohnentlastungsgesetzes und dem damit verbundenen Einnahmeausfall von rund 4,4 Mio Euro sowie durch die leider doch gestiegenen Kosten der Unterkunft und Kosten der Krankenhilfe zum Jahresende ein Defizit von 6 Mio Euro zu erwarten sei. Grundsätzlich habe die Bezirksregierung im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes zur Auflage gemacht, bei einem Defizit von mehr als 5 Mio Euro eine Nachtragssatzung zu erlassen. Allerdings bestehe nur bis zum 30. Juni eines Jahres die Möglichkeit, die Kreisumlage zu erhöhen. Deshalb habe man sich im Gespräch mit dem Regierungspräsidenten darauf verständigt, dass sich der Kreis Unna mit allen Kräften bemühen werde, am Ende des Jahres unter diese Defizitgrenze zu kommen. Deutlich werde hieran aber, so Herr Kreisdirektor Stratmann, dass die Lage im Moment sehr ernst sei.

Auf entsprechende Frage von Frau Kiel erklärt Herr Landrat Makiolla, dass er anlässlich einer Veranstaltung in Fröndenberg mit Minister Laumann ein Gespräch zu dem neuen Verteilungsschlüssel geführt habe. Allerdings habe sich der Minister dabei von den Argumenten des Kreises nichts angenommen. Die einzige Möglichkeit an dieser Regelung noch etwas zu verändern, liege gegebenenfalls im Beschreiten des Klageweges. Dies werde derzeit aber noch geprüft.

Herr Kreisdirektor Stratmann ergänzt, dass ein Schreiben mit den Kritikpunkten ebenfalls an das für die Kommunalbehörden zuständige Innenministerium des Landes gesandt worden sei. Von dort habe man nicht einmal eine Eingangsbestätigung des Schreibens erhalten.

Der Kreistag nimmt den Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 30.06.2007 zur Kenntnis.

Punkt 7

161/07

Gebäudebewirtschaftung – Beibehaltung der Eigenreinigung

Erörterung:

Herr Elsbeck betont, es sei erfreulich in diesem Bereich auf Kündigungen verzichten zu können. Allerdings sei er skeptisch, die angestrebte Erhöhung der Leistungswerte um 30 Prozent zu erreichen.

Herr Steffen erinnert daran, dass er in der Finanzstrukturkommission für eine Privatisierung diskutiert habe. Es konnten zum damaligen Zeitpunkt erhebliche wirtschaftliche Vorteile von der Privatisierung erwartet wer-

den, so dass die SPD-Fraktion sich den Städten und Gemeinden verpflichtet gefühlt habe. Später habe er aber gerne das Angebot der Verwaltung angenommen, mittels anderer Ansätze der Reinigungstechniken und -möglichkeiten zu prüfen, inwieweit man in Eigenregie zu vergleichbaren Preisen arbeiten könne. Jetzt sei er froh, dass es gelungen sei, die Eigenwirtschaftlichkeit der Eigenreinigung wieder darzustellen, so dass eine Privatisierung keine finanziellen Vorteile mehr biete.

Herr Kreisdirektor Stratmann weist darauf hin, dass das Konzept sehr eng zwischen den Zentralen Diensten und dem Personalrat erarbeitet worden sei. Allerdings sei es nur mit einer Leistungsverdichtung gelungen, die Eigenreinigung tatsächlich in der geforderten kostengünstigen Form zu realisieren. Diese Erhöhung der Leistungswerte sei intensiv mit den Kolleginnen im Reinigungsdienst diskutiert worden. Bei einer Teilpersonalversammlung zu diesem Thema hätten sich alle Beschäftigten freiwillig mit dieser Regelung einverstanden erklärt.

Herr Jasperneite zeigt sich ebenfalls erfreut, dass man wirtschaftlich gegenüber der Privatwirtschaft konkurrenzfähig sei. Wichtig sei für die CDU-Fraktion, die wirtschaftliche Entwicklung weiter zu beobachten. Seine Fraktion spreche sich nicht prinzipiell für eine Privatisierung aus; bei Kostenvorteilen sei diese Lösung aber zu bevorzugen.

Frau Müller-Hinz begrüßt die Vorlage und betont, dass es der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein besonderes Anliegen schon in den Haushaltsberatungen gewesen sei, die Eigenreinigung zu erhalten. Allerdings dürfe nicht unterschlagen werden, dass dieses Ergebnis für die Kolleginnen mit einer erheblichen Arbeitsplatzverdichtung von 25 bis 30 Prozent verbunden sei und auch Stelleneinsparungen vorsehe. Deshalb wolle man künftig das Augenmerk auf die konkreten Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen haben.

Herr Senkel begrüßt für die FPD-Fraktion die Vorlage als Ergebnis der Finanzstrukturkommission. Nicht nur sei das von der Verwaltung entwickelte Konzept die rein rechnerisch günstigere Alternative. Hinzu komme, dass gerade mit Blick auf die Förderschulen Kräfte eines privaten Anbieters wahrscheinlich auf die besondere Situation in diesen Schulen nicht so Rücksicht nehmen könnten, wie es mit der jetzigen Lösung möglich sei. Deshalb werde die FDP-Fraktion dieser Vorlage ebenfalls zustimmen.

Herr Gabriel erklärt die Zustimmung der Gruppe DIE LINKE.. Er fragt an, ob der Eigenreinigungsanteil von 54 Prozent nicht steigerbar sei.

Auf ergänzende Frage von Frau Niemann nach der Veränderung der Quote sichert Herr Kreisdirektor Stratmann zu, diese Information nachzureichen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

Nach erneuter Überprüfung des Vorschlags der Finanzstrukturkommission zur Haushaltskonsolidierung Nr.

17 (Reinigungsleistungen) wird die teilweise Eigenreinigung zu einem Anteil von ca. 54 % der Gesamtreinigungsfläche beibehalten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

131/07

Aufhebung der Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen vom 29.03.2005

Erörterung:

Herr Gabriel erklärt, dass er als Gewerkschafter dieser Vorlage nicht zustimmen könne.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

Die Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen im Kreis Unna vom 29.03.2005 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (1 Gegenstimme der Gruppe DIE LINKE.)

Punkt 9

125/07

Einrichtung einer schulpsychologischen Beratungsstelle für den Kreis Unna

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla erläutert kurz die Vorlage und weist insbesondere darauf hin, dass es sich hier auch um eine Serviceleistung des Kreises für die Städte und Gemeinden als Schulträger handele.

Herr Gabriel betont, dass er die Entscheidung ausdrücklich begrüße. Bei einer Gesamtbetrachtung sei aber festzustellen, dass es zu einer Absenkung der Anzahl an Schulpsychologen im gesamten Kreis kommen werde. Künftig seien zwei bzw. später vier Psychologen im gesamten Kreisgebiet tätig. Aktuell seien es wesentlich mehr, da viele Gesamtschulen eigene Schulpsychologen, oftmals mit einer halben Stelle, beschäftigten. Es handele sich hier um Kosmetik, die von der Landesregierung betrieben werde. Deshalb werde sich

die Gruppe DIE LINKE. zu diesem Tagesordnungspunkt enthalten.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es wichtig sei, hier erst einmal ausbaufähige Strukturen einzurichten. Natürlich müsse es Ziel sein, langfristig eine ausreichende Anzahl an Schulpsychologen im Kreis Unna zu etablieren.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Für den Kreis Unna wird eine schulpsychologische Beratungsstelle eingerichtet,
2. der Landrat wird beauftragt, mit dem Land NRW eine Vereinbarung vorzubereiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen der Gruppe DIE LINKE.)

Punkt 10

140/07

Änderung der Vereinbarung über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufes und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Erörterung:

Auf Frage von Herrn Gabriel nach einer Fachkraft, die die Aufgaben von Wildwasser wahrnehmen könne, erklärt Frau Warminski-Leitheußer, dass die Beratung für Frauen, die sexuelle Gewalt erfahren hätten, sicher gestellt sei. Es gebe aber keine Mitarbeiterin beim Frauenforum, die über eine Zulassung für therapeutische Maßnahmen verfüge.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag stimmt der Änderung der Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Frauenforum im Kreis Unna e.V. über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufes und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V. zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

141/07

Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger der Fachklinik für Kinderneurologie und Sozialpädiatrie mit Sozialpädiatrischem Zentrum (SPZ) zur Mitfinanzierung der amb. sozialpädiatr. Behandlung

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass das Sozialpädiatrische Zentrum geradezu eine ideale Ergänzung zur Frühförderstelle des Kreises sei. Mit beiden Einrichtungen zusammen verfüge der Kreis Unna über ein bundesweit vorbildliches Betreuungs-, Diagnostik- und Therapieangebot für behinderte Kinder.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag stimmt dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger der Fachklinik für Kinderneurologie und Sozialpädiatrie mit Sozialpädiatrischem Zentrum zur Mitfinanzierung der ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung im Sozialpädiatrischen Zentrum zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 12

121/07

1.-4. Änderungsverfahren LP 1, 2.-8. Änderungsverfahren LP 2, 1.-2. Änderungsverfahren LP 3
Prüfung der während des eingeschränkten Beteiligungsverfahrens vorgebrachten Anregungen und Bedenken sowie Satzungsbeschluss

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla dankt ausdrücklich allen Beteiligten, dass das langwierige und komplizierte Änderungsverfahren, das zu vielen Konflikten mit den betroffenen Städten geführt habe, nun doch noch mit einem Konsens zu einem positiven Abschluss gefunden habe.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag nimmt die während der **eingeschränkten Beteiligung** gem. § 27 c Abs. 2 Satz 2 Landschaftsgesetz zu den Änderungsentwürfen der Landschaftspläne Nr. 1 bis 3 (Lünen, Werne-Bergkamen und Selm) vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise zur Kenntnis und beschließt die Prüfungsergebnisse, die in der Anlage als „Stellungnahme der Verwaltung mit Beschlussvorschlag“ zum Ausdruck kommen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Einwender von diesem Ergebnis zu unterrichten.
3. Auf der Grundlage der vorstehenden Beschlüsse zu 1. sowie der Beschlüsse zu den Einwänden aus der öffentlichen Auslage (s. Drucksache Nr. 025/07) beschließt der Kreistag aufgrund des § 16 Abs. 2 des LG in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06.2007 (GV. NRW. 2007 S. 226) und der §§ 5 und 26 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 647) die 1.-4. Änderung des LP „Lünen“, die 2.-8. Änderung des LP „Werne-Bergkamen“ und die 1.-2. Änderung des LP „Selm“, bestehend aus Karten- und Textteil sowie Erläuterungen (Anlage), als **Satzung**.
4. Der Landrat wird beauftragt, die Landschaftsplanänderungen der Bezirksregierung Arnsberg anzuzeigen.

Die Anregungen, Bedenken und Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und dem eingeschränkten Beteiligungsverfahren, die nicht berücksichtigt wurden, sind der Anzeige beizufügen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

156/07

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWK)

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla betont, dass er den unter Nr. 3 enthaltenen Auftrag, den Prozess der Harmonisierung der Sperrmüllsammlung weiter zu begleiten und zu moderieren, sehr ernst nehme. Er wisse, dass dies keine leichte Aufgabe sei, im Interesse des Kreises wolle er intensiv um eine Lösung des Problems bemühen. Allerdings bitte er auch die Kreistagsabgeordneten, vor Ort in ihren Kommunen weiterhin für diese Harmonisierung zu werben.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt das Abfallwirtschaftskonzept 2007 für den Kreis Unna, das in der Entwurfsfassung dem Kreistag am 06.03.2007 (Drucksache Nr.027/07) vorgelegt wurde.

2. Der Kreistag beauftragt den Landrat, das Abfallwirtschaftskonzept 2007 der Bezirksregierung Arnsberg zur Prüfung vorzulegen.
3. Der Kreistag beauftragt den Landrat, den Prozess der Harmonisierung der Sperrmüllsammlung zwischen den einzelnen Kommunen weiter zu begleiten und zu moderieren und dem Natur- und Umweltausschuss regelmäßig zu berichten.
4. Der Landrat wird beauftragt, näher zu untersuchen und gutachterlich begleiten zu lassen, ob eine Weiterentwicklung der Gebührengestaltung sinnvoll ist, und das Ergebnis in einem mittelfristigen Zeitraum, spätestens bis zu einer weiteren Fortschreibung des AWK in die Diskussion einzubringen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (3 Enthaltungen der SPD-Fraktion, 2 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Punkt 14

132/07

Zukunftsdialog Kreis Unna

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla erläutert kurz die Vorlage und stellt klar, dass mit der Zustimmung zu diesem Handlungsprogramm keine automatische Zustimmung zu allen Projekten verbunden sei, die in der Anlage 2 aufgelistet seien. Er bedankt sich bei denjenigen, die in den vergangenen eineinhalb Jahren engagiert und intensiv beim Zukunftsdialog mitgewirkt hätten. Der Zukunftsdialog sei jetzt nicht am Ende. In nächster Zeit wolle er mit interessierten Persönlichkeiten eine „Initiative Kreis Unna“ gründen. Darüber hinaus liefen bereits Gespräche zur Gründung eines Strukturfonds und im kommenden Jahr sei eine Konferenz zum Stand der Projektumsetzung vorgesehen. Herr Landrat Makiolla weist zudem darauf hin, dass im Kreisausschuss eine von Frau Cziehso vorgeschlagene geänderte Beschlussfassung abgestimmt worden sei, die wie folgt lautet: „Der Kreistag unterstützt den Landrat bei der Umsetzung der Ergebnisse des Zukunftsdialoges und beauftragt ihn, das Handlungsprogramm in Kooperation mit den Partnern umzusetzen und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus wird sich der Kreistag mit seinen Gremien fachspezifisch und fachübergreifend unterstützend an der Umsetzung dieses Prozesses beteiligen.“

Herr Nadolski-Voigt begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich das Handlungsprogramm. Wenn man sich als Kreis aufstellen wolle, gebe es viele Projekte, die weiter nach vorne gebracht werden sollten.

Auf entsprechende Frage von Herrn Nadolski-Voigt erklärt Herr Landrat Makiolla, dass die Federführung für die Begleitung der Umsetzung des Zukunftsdialoges bei der Koordinierungsstelle für Planungsaufgaben liege. Allerdings sei die Stabsstelle an der Grenze ihrer personellen Ressourcen angekommen, so dass die KfP auf Zuarbeit aus anderen Bereichen im Haus und im Bedarfsfall auch auf Unterstützung seitens der Wirt-

schaftsförderungsgesellschaft und der dort angesiedelten Regionalagentur angewiesen.

Herr Jasperneite erklärt, dass die CDU-Fraktion noch inhaltlichen Beratungsbedarf habe und sich deshalb bei der Abstimmung enthalten werde. Er macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass aus seiner Sicht die Beteiligung des Kreistages in toto deutlich zu kurz gekommen sei.

Nach kurzer Diskussion über die bisherige Beteiligung der Politik im Zukunftsdialog ergeht folgender

Beschluss:

Der Kreistag unterstützt den Landrat bei der Umsetzung der Ergebnisse des Zukunftsdialoges und beauftragt ihn, das Handlungsprogramm in Kooperation mit den Partnern umzusetzen und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus wird sich der Kreistag mit seinen Gremien fachspezifisch und fachübergreifend unterstützend an der Umsetzung dieses Prozesses beteiligen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (22 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Punkt 15

135/07

Mittelverteilung für das Jahr 2007 im Rahmen der Fahrzeugförderung
gem. § 13 ÖPNV Gesetz NRW

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Förderung von Linienbussen, leitungsgebundenen Fahrzeugen und sonstigen Investitionsmaßnahmen mit einer Förderquote von mindestens 25 %.

Als sonstige Investitionsmaßnahmen im ÖPNV werden folgende Projekte bezuschusst:

- Beschaffung eines Bürgerbusses in Fröndenberg
- Ausstattung neu geförderter Busse mit Klimaanlage
- Beschaffung von Entwertern, Fahrgastinformationssystemen, Geldwechslern und rechnergestützten Betriebsleitsystemen

Verbleibende Mittel werden zur Aufstockung der Förderquote verwendet.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 16

136/07

Erörterung:

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es im Beschlussvorschlag heißen müsse „Der Kreistag...“ und nicht „Der Ausschuss...“.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Bericht zur Kenntnis und beauftragt den Landrat, die Interessen des Kreises Unna in den entsprechenden Zusammenhängen und Gremien zu vertreten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Nach dem Tagesordnungspunkt 16 wird die Sitzung von 15.45 bis 15.55 Uhr unterbrochen.

Punkt 17

RWE-Aktienvermögen

Erörterung:

Herr Kreisdirektor Stratmann stellt aus Verwaltungssicht den Zusammenhang der RWE-Aktien mit der Eröffnungsbilanz sowie der Frage der Altdefizite dar. Die Erläuterungen sind diesem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Herr Steffen erklärt für die SPD-Fraktion, über den Umgang mit Aktien könne man sicherlich unterschiedlicher Einschätzung sein. Dies sehe man ja an den vorliegenden verschiedenen Vorschlägen. Nur eines sei für ihn klar, er sei nicht bereit die Aktien zu „verhökern“. Nach den Ausführungen von Herrn Stratmann werde allerdings deutlich, dass man nicht mehr frei in der nun zu treffenden Entscheidung sei. Es gehe jetzt nämlich nicht mehr um eine Entscheidung nur für den Kreis sondern vielmehr um das Miteinander mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Zu einer Chance nein zu sagen, die die Kämmerer für ihre Städte sehen, sei für die SPD-Fraktion nicht vorstellbar. Eine solche Entscheidung sei aus seiner Sicht gefährlich, denn der Kreis sei darauf angewiesen, dass die Städte die Altdefizite des Kreises übernehmen würden. Wenn die Kommunen nicht bereit seien, entsprechende Rückstellungen in ihre Bilanz einzubringen, führe dies beim Kreis zu einem Defizit von 61 Mio Euro. Die Folgen wolle er sich lieber nicht vorstellen. Deshalb bitte er die Kreistagsmitglieder, diese Konsequenzen bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

Herr Gabriel erklärt, dass die Gruppe DIE LINKE. mit ihrem Antrag den Vorschlag der Verwaltung abändern wollten. In den ersten drei Punkten sei er größtenteils deckungsgleich mit dem Verwaltungsvorschlag. Der

Unterschied liege darin, dass sie über den bereits in der März Sitzung beschlossenen Aktienverkauf keine weiteren Aktien veräußern wollten. Das Aktienvermögen stehe schließlich als Gegenwert in der Bilanz dar. In den vergangenen sieben Jahren habe man eine Dividendenausschüttung von über 5,2 Mio Euro gehabt mit einer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung. Bei einem Verkauf werde man dem Haushalt diesen steten bestehenden Zufluss abschneiden. Es sollte auch ein Signal gesetzt werden, dass der Kreis den Weg der Privatisierung nicht mitgehen und die öffentliche Einflussnahme im Bereich der Daseinsvorsorge behalten wolle.

Herr Elsbeck betont, dass der Kreistag eine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern habe, der man gerecht werden wolle und müsse. Aus diesem Ansatz heraus wäre es aus seiner Sicht ein nachvollziehbares Argument gewesen, die Aktien bei dem aktuell hohen Kurs zu verkaufen und damit die Altdefizite abzulösen. Aber die von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP geplante Einrichtung eines Kulturfonds mit einer finanziellen Ausstattung von 10 Mio Euro könne er nicht mittragen. Es sei aus seiner Sicht aber auch schwierig die Aktien zu behalten. Im Falle eines dauerhaft fallenden Aktienkurses erhöhe dies das Defizit in der Bilanz. Er wolle nach reiflicher Überlegung dem Verwaltungsvorschlag zustimmen, da er überzeugt sei, dass die Aktien steigen würden und er zudem den Konsens der Bürgermeister und Kämmerer unterstützen wolle.

Auf die Frage von Herrn Landrat Makiolla nach einer Stellungnahme zum Antrag von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP erklärt Herr Jasperneite, dass man sich derzeit in der Generaldebatte befinde. Wenn es konkret um die Abstimmung dieses Antrages gehe, werde man sich äußern. Jetzt solle sich die Verwaltung zunächst mit Blick auf die drei vorliegenden Beschlussvorschläge zur Art und Weise der Abstimmung äußern.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es im Kreistag üblich sei, bei mehreren Anträgen zunächst zu diskutieren und im Anschluss abzustimmen. Frühere Sitzungen des Kreistages hätten gezeigt, dass sich aus der Diskussion Änderungen der Anträge oder sogar die Rücknahme eines solchen Antrages ergeben könnten. Zu der Reihenfolge der Abstimmung erklärt Herr Landrat Makiolla, dass er diese bereits im Kreisausschuss mitgeteilt habe. Aus seiner Sicht seien die Beschlussempfehlungen der Verwaltungsvorlage und der beiden Anträge inhaltlich gleichwertig. Der Antrag der Gruppe Die Linke. sei nicht als Änderungsantrag zu werten, da er insbesondere mit seiner Nr. 4 inhaltlich in eine völlig andere Richtung gehe als die Beschlussempfehlung der Verwaltung. Als erstes werde er über den Antrag der Gruppe DIE LINKE. abstimmen lassen. Dieser sei der weitestgehendste, weil er am stärksten von den Diskussionsergebnissen in der Finanzstrukturkommission abweiche. Die Vorlage der Verwaltung sei der zweitweitestgehende, danach käme der Antrag von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP. In dieser Reihenfolge wolle er gleich abstimmen lassen.

Herr Krause erklärt zur Geschäftsordnung, dass das Verhalten von Herrn Landrat Makiolla aus seiner Sicht nicht mehr die erforderliche Neutralität aufweise.

Nach mehrfacher Frage von Herrn Landrat Makiolla, ob er eine Stellungnahme abgeben wolle, erklärt Herr Jasperneite zu Protokoll, dass der gemeinsame Antrag von ihm erst dann begründet werde, wenn er aufgerufen werde.

Herr Senkel und Herr Goldmann schließen sich den Ausführungen von Herrn Jasperneite an.

Herr Landrat Makiolla erklärt, er werde in der vorgenannten Reihenfolge einzeln den jeweiligen Antrag bzw. die Vorlage aufrufen und vor Abstimmung diskutieren lassen..

Punkt 17.1

RWE-Aktien;

Antrag der Gruppe DIE LINKE. Vom 10.09.2007

Erörterung:

Nachdem Herr Gabriel eine geheime Abstimmung beantragt, erklärt Herr Steffen für die SPD-Fraktion, dass man sich diesem Antrag anschließe.

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass damit mehr als ein Fünftel der anwesenden Mitglieder des Kreistages geheime Abstimmung beantragt hätten, so dass über den Antrag der Gruppe DIE LINKE. jetzt geheim abgestimmt werde.

Als Mitglieder der Zählkommission werden Herr Krause, Herr Teumert, Frau Schaumann und Herr Mork bestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Landrat wird beauftragt und ermächtigt, gegen Höchstgebot zum Tagespreis eine RWE-Aktienmenge im Vermögenswert von 5 Mio Euro zu verkaufen, um dem Kreistagsbeschluss vom 06.03.2007 nachzukommen.
2. Der Verkaufserlös von 5 Mio Euro wird der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) zur Stärkung ihrer Finanzkraft als für den Kreis Unna vertraglich gesicherte freie Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt, um dem Kreistagsbeschluss vom 06.03.2007 genüge zu tun. Der Landrat wird beauftragt, die erforderlichen Verträge vorzubereiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung noch im Jahre 2007 vorzulegen.
3. Das der WFG mit Vertrag vom 17.01.2007 zur Verfügung gestellte Darlehen über 2.215.440,75 Euro wird in eine für den Kreis Unna vertraglich gesicherte, freie Kapitalrücklage umgewandelt. Der Landrat wird beauftragt, die erforderlichen Verträge vorzubereiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung noch im Jahre 2007 vorzulegen.
4. Ein weiterer Verkauf von RWE-Aktien wird ausdrücklich nicht genehmigt.

Abstimmungsergebnis der geheimen Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (5 Ja-Stimmen, 55 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme)

Punkt 17.2

164-1/07

Ertragsoptimierung des RWE-Aktienvermögens

Erörterung:

Herr Krause beantragt namentliche Abstimmung, um die haftungsrechtliche Frage im Nachhinein eindeutig nachweisen zu können.

Nach Hinweis von Herrn Landrat Makiolla, dass nach der Geschäftsordnung für eine namentliche Abstimmung mindestens ein Fünftel der Kreistagsmitglieder dies beantragen müssten, erklärt Herr Steffen für die SPD-Fraktion, dass man geheime Abstimmung beantrage.

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass auch über diesen Beschlussvorschlag geheim abgestimmt werde.

Die Zählkommission besteht wiederum aus Herrn Krause, Herrn Mork, Frau Schaumann und Herrn Teumert.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Landrat wird beauftragt und ermächtigt, gegen Höchstgebot zum Tagespreis eine Verkaufsoption für die vom Kreis Unna gehaltenen 436.455 RWE-Aktien mit einer Laufzeit von drei Jahren zum Verkaufspreis von 100 € je Aktie zu verkaufen.
2. Die Prämie aus dem Optionsverkauf wird der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) zur Stärkung ihrer Finanzkraft als für den Kreis Unna vertraglich gesicherte freie Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt. Der Landrat wird ermächtigt, die erforderlichen Verträge abzuschließen.
3. Das der WFG mit Vertrag vom 17.01.2007 zur Verfügung gestellte Darlehen über 2.215.440,75 € wird in eine für den Kreis Unna vertraglich gesicherte freie Kapitalrücklage umgewandelt. Der Landrat wird ermächtigt, die erforderlichen Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis der geheimen Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (28 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 34 Nein-Stimmen)

Punkt 17.3

RWE-Aktien;

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie FDP vom 28.08.2007

Erörterung:

Herr Jasperneite erklärt, dass die CDU-Fraktion sich bereits seit drei Jahren mit der Zukunft der RWE-Aktien beschäftige. Man habe sich verschiedene Möglichkeiten von den Banken vorstellen lassen, dabei u.a. auch die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung. Vor gut einem Jahr habe man sich entschieden, dass der opportunistische Weg darin liege, sich direkt von den Aktien zu trennen. Dies habe man auch schon im letzten Jahr verkündet und mit einem entsprechenden Antrag in die Haushaltsberatungen für dieses Jahr eingebracht. Dieser Antrag sei abgelehnt worden. Allerdings habe es einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung gegeben, für 5 Mio Euro Aktien zu verkaufen. Dies sei nach seiner Kenntnis bis heute nicht geschehen. Vielmehr sei kurzfristig ein anderes Modell nämlich die Call-Option vorgestellt worden. Nach interner Diskussion habe die CDU-Fraktion dieses Modell als spekulativ eingestuft. Deshalb habe man vor vier Wochen einen Antrag vorbereitet. Dass jetzt ein Antrag von drei Fraktionen vorliege, habe damit zu tun, dass in vielen Bereichen des Kreistages und auch der Verwaltung Kommunikationsschwierigkeiten bestünden, wenn es um das Beschaffen von Mehrheiten gehe. Man fühle sich nicht richtig platziert, wenn man nur noch Standpunkte der Verwaltung nachvollziehen und umsetzen solle. Vielmehr erwarte die CDU-Fraktion eine Diskussion auf Augenhöhe. Aus seiner Sicht, so Herr Jasperneite weiter, sei es ein Affront gegen die politischen Gremien, wenn man vor 14 Tagen in der Presse vom Konsens der Kämmerer und Bürgermeister habe lesen können, ohne dass man dieses Thema vorab in der Fraktion habe bereden können. Er halte den gemeinsamen Antrag für die beste Lösung und er appelliere an die Bürgermeister- und Kämmererrunde, bei einer Zustimmung zu diesem Antrag auf neuer Basis miteinander zu reden, um eine eskalierende Situation zu vermeiden. Er hoffe, dass dann Vernunft einkehre.

Herr Goldmann betont, dass die heutige Diskussion und bisherige Beschlussfassung die vielen Facetten dieses Vorganges zeige. Dies mache es schwierig, sich bei der Bedeutung dieses Themas so ausschließlich auf die sachliche Ebene zu konzentrieren, wie dies eigentlich notwendig sei. Um so mehr täte es ihm für die anwesende Öffentlichkeit und die Pressevertreter leid, die nach dem Sitzungsverlauf den Eindruck gewinnen könnten, dass die Ernsthaftigkeit der drei antragstellenden Fraktionen nicht gegeben sei. Herr Goldmann bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Stratmann für den Hinweis in seiner Eröffnungsrede, dass durchaus auch der gemeinsame Antrag dem Wohl der Öffentlichkeit und dem Interesse des Kreises entspreche. Dieser Eindruck sei in den vergangenen Tagen in dieser Form aus seiner Sicht nicht wahrnehmbar gewesen. Es handle sich bei dem aktuellen Geschehen um einen legitimen Prozess politischer Willensbildung. Es sei deutlich geworden, dass die drei Fraktionen eine inhaltliche Positionierung und Bewertung vorgenommen hätten, was mit dem Aktienbestand des Kreises Unna geschehen solle. Niemand könne ernsthaft glauben, dass die politische Verantwortung einer großen Anzahl von Kreistagsmitgliedern da ende, wo man sich persönlich beleidigt oder pikiert fühle, weil man Informationen zunächst der Presse entnehmen müsse. Es habe sich um eine rein sachliche und inhaltliche Diskussion der drei Fraktionen gehandelt, die zu diesem Antrag geführt habe. Herr Goldmann stellt fest, dass sich seine Fraktion selbstverständlich rechtlich habe beraten lassen und intensive Gespräche mit Bankenvertretern geführt habe. Es gehe jetzt um die Verantwortung und die Verpflichtung als Kreistagsmitglieder gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Diese ende auch nicht dort, wo eine bestimmte Interessenlage von Kämmerern der kreisangehörigen Kommunen berührt sei. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN diskutiere seit sieben Jahren über dieses Thema, was sich an verschiedenen Anträgen in der Vergangenheit ablesen lasse. Mit Blick auf die sich nicht gerade stabil darstellenden Wirt-

schafts- und Aktienmärkte erscheine jetzt der richtige Zeitpunkt zum Verkauf der Aktien, die derzeit so hoch gehandelt würden wie niemals zuvor. Halte man demgegenüber die Aktien im Rahmen der Call-Option für einen Zeitraum von drei Jahren, sei der Ausgang völlig ungewiss und spekulativ. Man könne bei dieser Option nicht einmal reagieren, falls durch die Entwicklung der Aktienmärkte in dem Zeitraum von drei Jahren ein Verkauf angezeigt sei. In Gesprächen mit Bankenvertretern aus dem hiesigen Raum hätten diese mit Blick auf die Tatsache, dass es sich hier nicht um ein privates Unternehmen sondern eine Gebietskörperschaft handele, zu erkennen gegeben, dass sich diese Marge nicht eindeutig abschließend einschätzen lasse. In Abwägung all dieser Faktoren entspreche der Antrag nach Einschätzung seiner Fraktion der Interessenlage des Kreises. Die Schuldentilgung würde mittelbar aber auch zu einer Entlastung der Kommunen führen. Rücksprachen mit Repräsentanten einiger kreisangehöriger Kommunen hätten ergeben, dass man durchaus mit einer Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag leben könne.

Für die FDP-Fraktion erklärt Herr Senkel, dass er den Vorschlag der Verwaltung ähnlich wie beim Roulette sehe, wenn man auf schwarz oder rot setze: Nur einer werde gewinnen. In der Vorlage sei von einer Chance die Rede, einen Mehrertrag aus dem Aktienvermögen von 11 Mio Euro zu generieren. Es werde aber nicht erwähnt, dass sich der Aktienkurs auch gegensätzlich entwickeln könne. In diesem Fall könne der Kreis über drei Jahre nicht auf die Kursentwicklung reagieren und die Vertragsbank werde danach wohl auch nicht die Option ziehen. Verlierer sei dann nicht der Kreis, der ja noch die Aktien halte. Die wahren Verlierer seien die kreisangehörigen Kommunen, die nicht den versprochenen Mehrertrag erhalten würden. Die Städte und Gemeinden hätten die Forderung des Kreises nur aufgrund dieser Zusage anerkannt. Die FDP-Fraktion habe sich natürlich ebenfalls mit Fachleuten beraten. Dass die Banken – wie auch der Vorlage zu entnehmen sei – eine positive Entwicklung der Aktien erwarten, sei durchaus nachvollziehbar. Sie würden nämlich nicht das Risiko tragen, da sie in diesem Bereich einer Makler- und Vermittlerrolle hätten. Sie agierten für Spekulanten und Anleger, die das finanzielle Risiko zu tragen bereit und in der Lage seien. Die jüngste Vergangenheit habe gezeigt, was bei augenscheinlich gesunden Traditionsunternehmen wie Siemens oder VW passieren könne, oder wie Kommunen den Beratern seriöser Banken aufsitzen könnten. Hier wolle er nur an Hagen und die Deutsche Bank erinnern. Auch die vergangenen Tage zeigten doch, wie sensibel die Börse beispielsweise auf eine Krise des US-amerikanischen Immobilienmarktes reagieren würde. Deshalb dürfe sich der Kreis aus Sicht der FDP-Fraktion nicht auf eine solche Spekulation einlassen. Wie schon auf Seite 7 der Verwaltungsvorlage ausgeführt sei der Kreis Unna als Sachwalter öffentlichen Vermögens in besonderer Weise gehalten, keine unkalkulierbaren finanziellen Risiken einzugehen. Mit Blick auf die Kommunen werde er sich auch als Ratsmitglied in der Stadt Unna für den Antrag aussprechen. Es könne nicht sein, dass die Bürgermeister und Kämmerer ein unkalkulierbares Risiko eingehen und eine Vereinbarung mit der Verwaltung treffen würden, deren Grundlage allein das Prinzip Hoffnung sei.

Herr Landrat Makiolla weist zum Abschluss der Diskussion auf die möglichen Folgen hin, die eine Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag nach sich ziehen würde. Die Erläuterungen sind dem Protokoll als Anlage 2) beigelegt.

Herr Goldmann erklärt, dass den Kreistagsmitgliedern klar bewusst sei, dass der Landrat das Recht zum Widerspruch im Rahmen einer subjektiven Bewertung habe. Diese Position sei ja auch entsprechend inhaltlich begründet worden. Der Hinweis, die drei Fraktionen hätten Gesprächsangebote der Verwaltung nicht ange-

nommen, wolle er so nicht stehen lassen. Die kurze Zeit, die zwischen Erstellen der Vorlage und der heutigen Entscheidung liege, habe der Landrat selbst zu verantworten. Es sei deshalb nicht in Ordnung den Fraktionen vorzuwerfen, diese Zeit nicht genutzt zu haben, um sich ausreichend sachkundig zu machen. In diesem Zusammenhang verweise er auf die Pressemitteilungen der Fraktionen in den Sommerferien. Daran werde deutlich, dass zumindest seine Fraktion sich schon länger mit dem Thema beschäftige und die Dimension der Entscheidung ausreichend erkannt und gewürdigt habe. Herr Goldmann betont, er sei irritiert und auch leicht verärgert, dass der Landrat erst an dieser Stelle auf rechtliche Bedenken eingehe und sich dabei auf eine Verfügung der Bezirksregierung berufe, die ihm bereits seit heute Morgen vorliege. Es entspreche doch wohl nicht dem Stil des Hauses, eine solche Information nicht zu Beginn der Diskussion oder ggfs. schon im Kreisausschuss bekannt zu machen. Dies erkläre auch die Zurückhaltung zu Beginn der Diskussion. Man habe Probleme mit dem Selbstverständnis der Verwaltung hinsichtlich des Umgangs mit den anderen Fraktionen außerhalb der SPD.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass die drei Fraktionen sachliche Politik gemacht hätten. Das jetzige Vorgehen sei kein ehrlicher Umgang miteinander. Diese Information hätte vorher bekannt gegeben werden müssen. Es sei aus seiner Sicht auch sehr weit hergeholt Entscheidungen, die möglicherweise suboptimale Gewinnausschüttungen bedeuten würden, als Schaden für die Gemeinschaft zu sehen.

Herr Senkel sagt, dass die Verwaltung zumindest der FDP-Fraktion kurzfristig ein Informationsgespräch angeboten habe. Im Ältestenrat habe die Verwaltung trotz Nachfrage aber nicht zu erkennen gegeben, dass noch ein Spielraum vorhanden sei. Man hätte aus seiner Sicht schließlich noch über Details reden können, da der gemeinsame Antrag ja lediglich eine Zielrichtung angebe. Die Verwaltung sei aber nicht bereit gewesen, sich auch nur einen Schritt zu bewegen. Deshalb dürfe es doch nicht verwundern, dass die Fraktionen geschlossen hinter dem Antrag stünden.

Herr Landrat Makiolla betont, dass er weder im Ältestenrat noch jetzt eine Aussage treffen könne, inwieweit es Verhandlungsspielräume gebe. Er habe zehn Ansprech- und Verhandlungspartner in den Kommunen, mit denen ein Konsens getroffen werden müsse. Dies gestalte sich vom Grundsatz her schon schwierig, da jede Kommune andere Interessen und auch eine andere Finanzlage hätte. Das sei sein Problem, das es auch schwer mache, in Kommunikation mit den Fraktionen zu treten. Bei einer Verhandlung mit so vielen Beteiligten wäre eine frühzeitige Information nicht immer möglich. Der Nachteil, der für den Kreis eintreten könnte, liege, so Herr Landrat Makiolla weiter, aus seiner Sicht zudem nicht in einer geringeren Gewinnausschüttung. Er befürchte vielmehr, dass die Kommunen bei dieser Beschlusslage die Vereinbarung aufkündigen würden. Damit müssten die Altdefizite in die Bilanz eingebracht werden, was innerhalb kürzester Zeit in einen Nothaushalt münden würde, der die Schließung vieler sozialer und kultureller Einrichtungen nach sich zöge.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass sich die Verwaltung selbst in eine Situation gebracht habe, aus der sie nicht mehr heraus komme. Die Fraktionen hätten demgegenüber immer noch die freie Entscheidungsmöglichkeit. Unter politischer Bewertung sei man zu der Überzeugung gekommen, entsprechend des Antrages handeln zu wollen. Man sei aber gerne bereit, nach einem Verkauf über die Mittelverwendung weiter zu diskutieren, sofern der Landrat oder die Bezirksregierung in verschiedenen Bereichen diesbezüglich Bedenken hätten. Aber es dürfe nicht vergessen werden, dass freiwillige Ausgaben auch bisher schon finanziert

würden.

Herr Goldmann kritisiert, es könne nicht sein, dass der Kreistag nur noch von der Verwaltung erzielte Vereinbarungen ohne jede politische Bewertung „abnicken“ solle. Dabei erkenne man die Bemühungen der Verwaltung durchaus an. Er hätte erwartet, dass die Verwaltung diesen Sachverhalt losgelöst von der Vorlage dem Kreistag oder der dafür zuständigen Finanzstrukturkommission präsentiert hätte, um dort mit den Fachleuten aus den einzelnen Fraktionen Lösungswege aufzuzeichnen. Damit hätte die Verwaltung in die Verhandlungen mit den Kämmerern und Bürgermeistern einsteigen können. Es seien in diesem Verfahren einfach zu viele handwerkliche Fehler gemacht worden.

Herr Landrat Makiolla verweist auf den Ältestenrat, in dem er diese Sachlage ausführlich dargestellt habe. Diesen Zusammenhang hätte er zu einem früheren Zeitpunkt nicht darstellen können, da er erst sei 14 Tagen bekannt sei.

Herr Kreisdirektor Stratmann betont, dass viele Kommunen inzwischen die Call-Option gewählt hätten und damit erfolgreich gewesen seien. Es handele sich somit nicht um eine völlig unbegründete Spekulation sondern um eine „handfeste“ Möglichkeit, sonst hätten die Kämmerer diesen Vorschlag doch gar nicht gemacht. Dies sei auch die einzige Möglichkeit die Aktivseite zu stärken. Letztlich verweist Herr Stratmann auf seine Äußerungen im Ältestenrat, wonach er hinsichtlich der Einrichtung eines Kulturfonds erhebliche Bedenken habe.

Nachdem die Sitzung von 17.45 bis 17.55 Uhr unterbrochen wird, erklärt Herr Jasperneite, dass die Fraktionen den Antrag in der vorliegenden Form aufrechterhalten wollten.

Herr Steffen beantragt für die SPD-Fraktion eine namentliche Abstimmung.

Herr Elsbeck beantragt geheime Abstimmung und wird hierbei von der CDU-Fraktion unterstützt.

Die Wahlkommission besteht aus Frau Schaumann, Herrn Krause, Herrn Mork und Herrn Teumert.

Beschluss:

Der Landrat wird aufgefordert die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, die Aktien unverzüglich im Rahmen der VKA-Verträge im ersten Schritt anderen kommunalen Aktionären zum Kauf anzubieten. Falls andere kommunale Aktionäre die Optionen nicht nutzen, sind die RWE-Aktien frei zu verkaufen. Der Gegenwert der Transaktion soll grundsätzlich in folgende Bereiche fließen:

1. Stärkung der Finanzkraft der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit 5 Millionen Euro,
2. Implementierung eines Kulturfonds zur dauerhaften Sicherung der Kulturpolitik mit 10 Millionen Euro,
3. zur Schuldentilgung.

Abstimmungsergebnis der geheimen Abstimmung:

mehrheitlich zugestimmt (33 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen)

Herr Landrat Makiolla gibt nach der Abstimmung zu Protokoll, dass er die Nr. 2 des Beschlusses beanstande und Widerspruch gegen den gefassten Beschluss gem. § 39 der Kreisordnung NW einlege. Er kündigt an, den Kreistagsmitgliedern in den nächsten Tagen wie rechtlich vorgeschrieben eine schriftliche Begründung zu kommen zu lassen. Innerhalb der nächsten vier Wochen müsse eine weitere Kreistagssitzung stattfinden und er lade für den 8. Oktober 2007, um 16 Uhr, ein.

Auf Wunsch von Herrn Elsbeck erklären sich die Kreistagsmitglieder damit einverstanden, die Sitzung auf 17 Uhr zu verlegen.

Punkt 18

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 19

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Durchführung der Verbraucherberatung auf Kreisebene

Frau Warminski-Leitheußer erklärt auf die entsprechende Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Verwaltung sei beauftragt worden, mit den Bürgermeistern einen Konsens darüber herzustellen, wie die Verbraucherberatung im Kreis Unna insgesamt gesichert und möglichst auch verbessert werden könne. Es habe eine erste Diskussion in der Bürgermeisterrunde gegeben. Dabei habe Einvernehmen bestanden, dass die Verbraucherberatung als wichtige Aufgabe im Kreis Unna erhalten bleiben solle. Die Bürgermeister hätten die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes beauftragt. Dieses Konzept werde den Bürgermeistern im November vorgestellt und anschließend im Rahmen der Haushaltsberatungen in die politischen Gremien gebracht.

Sitzungskalender

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass die Kreisausschuss- und Kreistagssitzung am 04. Dezember um 14.00 bzw. um 16.00 Uhr stattfinde. Dies sei auf dem in der Sitzung verteilten aktualisierten Sitzungskalender für den Rest des Jahres nicht berücksichtigt.

10 Jahre Wohnberatung im Kreis Unna

Herr Landrat Makiolla informiert die Kreistagsmitglieder darüber, dass am 20.10.2007 um 15.00 Uhr in der Stadthalle Kamen eine Fachtagung zum Thema „10 Jahre Wohnberatung im Kreis Unna“ stattfinde.

Schulden -Portfolio-Management

Auf Frage von Herrn Barrenbrügge nach dem weiteren Vorgehen mit dem derzeit ruhenden Schulden-Portfolio-Management erklärt Herr Kreisdirektor Stratmann, dass man in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen über das zukünftige Vorgehen informieren wolle.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 20

RWE-Aktienvermögen

Punkt 20.1

164/07

Ertragsoptimierung des RWE-Aktienvermögens

Punkt 20.2

162/07

RWE-Aktien;

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie FDP
vom 28.08.2007

Punkt 21

158/07

Übertragung der Tierkörperbeseitigungspflicht;

Entscheidung über die Vergabe

Punkt 22

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen